

# Lampertheimer Zeitung vom 13.05.2005

"Zwischen 2 und 11 Millionen Euro..."

## Stadt Lampertheim muss Straßensanierung in Neuschloß alleine bezahlen/Land blockt ab

LAMPERTHEIM Der Stadt Lampertheim droht weiteres finanzielles Ungemach: Die Sanierung der Straßen im Neuschlösser Altlastengebiet muss sie alleine bezahlen - das Land Hessen sieht sich nicht zuständig.

Rückläufige Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen, Erhöhung der Kreisumlage, drohende Korrektur "nach unten" bei der Gewerbesteuer sowie Hiobsbotschaften für Länder und Kommunen aus Berlin nach aktualisierten Steuerschätzungen lassen befürchten, dass die Möglichkeiten, kommunales Leben eigenverantwortlich zu gestalten, allmählich gegen Null tendieren. Zu all den negativen Vorzeichen für die Entwicklung der kommunalen Finanzen auch das noch: Die Stadt Lampertheim muss für die Sanierung der Straßen im kontaminierten Wohngebiet Neuschloß noch einmal tief in die fast leeren Taschen greifen.

Bürgermeister Erich Maier hatte wiederholt vom Damoklesschwert "Straßensanierung" in Neuschloß gesprochen. Die dafür notwendigen Summen wurden zwischen zwei und 12 Millionen Euro angesetzt. Fest steht zugleich, dass die Stadt diese Kosten alleine schultern muss. In den zwischen dem Land Hessen und der Stadt Lampertheim getroffenen vertraglichen Regelungen zur Finanzierung der Altlastensanierung Neuschloß ist die Sanierung der Straßen ausgeklammert.

In dem von der Stadtverwaltung dem Ortsbeirat Neuschloß bei seiner Sitzung am gestrigen Donnerstagabend vorgelegten Beschlussvorschlag heißt es lapidar: "Aufgrund des gegenwärtigen Bearbeitungsstandes der Altlastensanierung in Neuschloß ist seitens der Stadt Lampertheim eine Entscheidung über eine eventuelle Sanierung des Straßenraumes, für die das Land bei sich keine Zuständigkeit sieht, zu treffen.

Thema des Tages

Entsprechend den bisherigen Planungen des Landes Hessen stehen grundsätzlich vier Varianten mit unterschiedlicher Eingriffsintensität und entsprechendem Kostenrahmen zur Auswahl."

Bürgermeister Erich Maier skizzierte bei der Sitzung diese Varianten mit Kostenschätzungen zwischen 2,08 und 11,42 Millionen Euro. Im günstigen Falle werde die Stadt etwa 2 Millionen, verteilt auf fünf bis sechs Haushaltsjahre, ab 2006 finanzieren müssen.

In dem dem Ortsbeirat vorgelegten Beschlussvorschlag wird deutlich gemacht, dass das Land die "Nicht-Sanierungsbedürftigkeit" der Straßen und Gehwege mit der vorhandenen Asphaltierung/ Pflasterung der Straßen und Wege begründet. Die vorhandenen Beläge würden verhindern, dass Bewohner durch Direktkontakt oder Staubverwehung in Kontakt mit dem kontaminierten Untergrund gelangen. Ferner sei ein Sickerwasserzutritt im Straßenbereich und damit die Gefahr einer Lösung und Auswaschung von Schadstoffen ins Grundwasser sicher verhindert.

Die Stadt schließt sich dieser Argumentation nicht an und vertritt eine grundsätzlich gegenteilige Auffassung, betonte der Bürgermeister. Durch die Erfordernis eines ständigen und im Schadensfall auch sehr kurzfristigen und nicht vorbereiteten Zugriffs an die im Straßenraum verlegten Ver- und Entsorgungsleitungen seien entsprechende Gefährdungen für Arbeiter und Anwohner durch Direktkontakt, Staubverwehung und Materialverschleppung dauerhaft nicht auszuschließen.

Auch die Lösung und Auswaschung von Schadstoffen könne zum Beispiel bei Defekten von Trinkwasser- oder Abwasserleitungen, bei denen punktuell auch sehr große Wassermengen freigesetzt würden, nicht ausgeschlossen werden. Über den Verlauf der Sitzung des Ortsbeirates Neuschloß wird unsere Zeitung in der morgigen Ausgabe berichten. (Von Wolfgang Werry)